16.06.2016

stern

UND KEIN ENDE ABZUSEHEN

ATOMKRAFTEine hochrangiges Gremium schließt seine Arbeit ab: die Endlagerkommission. Sie sollte den Weg bereiten, um Deutschlands strahlenden Müll zu entsorgen. Doch der wird ungeheuer lang

Von Wolfgang Metzner

Windräder. Wiesen. Wasser. Und gleich hinter dem Deich, an der weiten Elbmündung, die bis zum Horizont reicht, dieser Bunker aus Unmassen von Beton. Wer Überwachungskameras und Sicherheitsschleusen passiert hat und in die riesige graue Halle tritt, steht vor blauen Monstern. Fünfeinhalb Meter hoch sind die gerippten Türme aus Gusseisen, jeder rund 126 Tonnen schwer. Man hört das Summen von Lüftern, man sieht Metall, kühl und aseptisch wie in einer Leichenhalle - und nur das Schild "Vorsicht! Erhöhte Strahlung" lässt erahnen, welches Höllenfeuer hinter den 40 Zentimeter dicken Wänden der Ungetüme glimmt.

Neun Castor-Behälter voller Atommüll lagern in der Halle, die direkt neben dem 2007 abgeschalteten Kernkraftwerk Brunsbüttel steht. Weitere leere Behälter warten auf ihre Beladung mit abklingenden Brennelementen, damit der Kran sie auf einen der 80 Stellplätze hieven kann. Eigentlich ist das Gebäude als Zwischenlager ausgelegt. Aber nicht einmal dafür hat es noch eine Genehmigung, weil die inzwischen von Gerichten wegen Terrorgefahr kassiert wurde. Dennoch weiß niemand, wie lange der hoch radioaktive Abfall hier bleiben soll und ob der Bunker nicht zu einem "schleichenden Endlager" wird. Das fürchtet jedenfalls Stefan Mohrdieck, der jenseits des Nord-Ostsee-Kanals im Brunsbüttler Rathaus sitzt.

"Unsere größte Sorge ist, dass man uns mit dem Zeug für Generationen allein lässt", sagt er.

Der Bürgermeister von Brunsbüttel spricht damit nicht nur für seine 13 000-Einwohner-Stadt, sondern auch für einen bundesweiten Verband von Kommunen mit Kernkraftanlagen, die schwerwiegende Folgen des Ausstiegs fürchten: den Verlust Tausender Arbeitsplätze, den Wegbruch der Steuereinnahmen und die Kolonnen von Castoren mit tödlichen Stoffen, die sich bis zur Abschaltung des letzten Meilers in zwölf Zwischenlagern an den Kraftwerkstandorten aufstauen. Insgesamt müssen dann 1900 Behälter, auch aus Gorleben, Ahaus und Greifswald, entsorgt werden. Und niemand weiß, wann und wo es ein Endlager für sie geben wird.

Die Suche nach einer letzten Ruhestätte für die Atomabfälle Deutschlands ist schon jetzt eine unendliche Geschichte. Sie begann vor rund 40 Jahren. Nachdem die Regierungen in Bonn und Hannover 1977 die kleine niedersächsische Gemeinde Gorleben als vermeintlich idealen Platz ausgeguckt hatten, weil sie von den Bauern im "Zonenrandgebiet" kaum Gegenwehr erwarteten, entwickelten sich dort über Jahrzehnte erbitterte Kämpfe. Die Anti-AKW-Bewegung machte Gorleben zum Symbol und so heftig mobil gegen ein "Atomklo" im Wendland, dass der Staat zur Erkundung des Salzstocks Heerscharen hochgerüsteter Polizisten aufmarschieren ließ. Bei den Massenprotesten am Zaun des Bergwerks, bei jedem Castor-Transport, wieder und wieder kam es zu bürgerkriegsartigen Szenen. Es war schließlich Angela Merkel, die nach der Nuklearkatastrophe 2011 im japanischen Fukushima die Reißleine zog und die schrittweise Abschaltung aller Meiler durchsetzte. Auch ein Neustart bei der Endlagerproblematik wurde vereinbart. Eine "weiße Landkarte" sollte her, ein "wissenschaftsbasiertes und transparentes Verfahren" . Das forderte der Bundestag parteiübergreifend, als er 2013 mit dem Standortauswahlgesetz eine "ergebnisoffene Suche" beschloss. Die erste Aufgabe dabei wurde einer ganz besonderen Kommission übertragen.

33 Frauen und Männer sind es, die seit 2014 in Berlin nach der Lösung für ein Problem fahnden, das bisher weltweit ungelöst ist - Wissenschaftler, Politiker, Vertreter von Umweltgruppen und Religionsgemeinschaften, aus Wirtschaft und Gewerkschaften. Sie sollen dem Parlament Bericht erstatten. Empfehlungen geben. Möglichkeiten aufzeigen, wie der Strahlenmüll auf eine Million Jahre von der Biosphäre getrennt werden kann.

Und während draußen auf der Spree die Ausflugsdampfer am Regierungsviertel vorbeizogen, brütete die Kommission im Paul-Löbe-Haus hinter Glas und Beton über den Geheimnissen von "tiefen geologischen Formationen". Sie debattierte "Wasserwegsamkeiten", "Gebirgsmechanik" und "Grenztemperaturen". Mehr als hundert Sitzungen, über 1200 Dokumente, Arbeitsgruppen, Ad-hoc-Gruppen, Gutachteranhörungen und Workshops. Die große Frage über allem: "Was ist ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit?"

Einigkeit herrschte in der Kommission von Anfang an darüber, dass die Bundesrepublik den hochgefährlichen Dreck, den sie produziert hat, auch im Inland unschädlich machen muss. Also kein Export in andere Länder und ferne Kontinente, keine Experimente mit Tiefsee oder Weltraum. Aber welches Gestein ist das beste, um darin die abgebrannten Kernstäbe in 500 bis 1000 Meter Tiefe zu lagern? Salz

oder Ton? Oder Kristallingestein, Granit etwa, wie es in Schweden geplant ist? 500 Seiten stark soll der Schlussbericht werden, den die Kommission demnächst an den Bundestagspräsidenten übergeben wird. Die Fleißarbeit wird sicherlich mit strahlenden Gesichtern präsentiert werden, obwohl in der Kommission längst nicht in allen Fragen Konsens herrscht. Wenn Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) mal wieder mit Vertretern aus Energiewirtschaft oder süddeutschen Bundesländern stritt, mahnte die Ausschussvorsitzende Ursula Heinen-Esser (CDU): "Wir machen hier ja keine politischen Spielchen!" Immerhin, in dem Bericht werden nun Kriterien für einen neuen Standort genannt: Er darf nicht in einem Vulkan- oder Erdbebengebiet liegen, muss einen ausreichend mächtigen "einschlusswirksamen Gebirgsbereich" für ein Bergwerk bieten, darüber sollte möglichst ein isolierendes "Deckgebirge" wachen. Bloß wo? Dazu vermeidet die Kommission jede Andeutung. Wer erwartet hatte, dass Regionen genannt oder ausgeschlossen würden, wird enttäuscht.

Auch die Zukunft von Gorleben belässt die Kommission im Unklaren. Kein Wunder, schließlich gab es schon beim Neustart der Endlagersuche über den Hotspot im Wendland keine Einigkeit. Während ein Teil der Kommission den Standort immer noch als geeignet ansieht, haben große Umweltverbände wie Greenpeace dem Gremium von Anfang an die kalte Schulter gezeigt, weil der Salzstock an der Elbe nicht sofort ausgeschlossen wurde. Besonders die Aktivisten vor Ort halten die Arbeit der Kommission nur für "Palaver" und die Vorstellung einer "weißen Landkarte" für pure Illusion, da in Gorleben bereits mehr als 1,5 Milliarden Euro verbaut und umfangreiche Daten gewonnen worden sind.

Für andere Regionen fehlen nämlich entscheidende Daten noch. Während die geologischen Schichten in Norddeutschland gut bekannt sind, gelten die Gesteinsformationen in Süddeutschland als weitaus weniger erforscht. Muss deswegen nun "die ganze Bundesrepublik umgegraben werden", wie ein Kommissionsmitglied zugespitzt fragte? Und was ist mit den Behältern voller ultraheißer Stoffe? Werden sie 50 oder 500 Jahre dicht halten? Unter dem Neutronenzerfall verspröden, durch Restfeuchte korrodieren, Gase bilden? Wird die Nachzerfallswärme das umliegende Gestein zum "Fließen" bringen oder sprengen? "Wir wissen manches einfach noch nicht, wir werden das nur beobachten können", sagt Michael Sailer, Nuklearexperte des Öko-Institus e. V., der die wichtigste Arbeitsgruppe leitete und bei kritischen Wissenschaftlern als "heimlicher Chef" der Kommission galt.

Klar ist allerdings eines: Bis die Erblast der Atomkraft in Deutschland in der Tiefe versiegelt ist, wird es weit länger dauern als bisher erwartet - nicht etwa Jahre, sondern Jahrzehnte. Das Standortauswahlgesetz ging davon aus, dass der Bundestag 2031 den Ort festlegen würde und ab 2050 mit der Einlagerung der Abfälle begonnen werden könnte, die dann 20 bis 30 Jahre dauern sollte. Als "unrealistisch" bezeichnet die Kommission jetzt dieses Vor haben. Eines der Mitglieder, ein erfahrener Kernkraftmanager, benutzt ein drastischeres Wort - er spricht von "Verarschung".

Die Planung sieht vor, dass nach 2017 weitere Institutionen auf- und ausgebaut werden, wie etwa das vor zwei Jahren gegründete "Bundesamt für kerntechnische Entsorgung". Es folgen: übertägige und untertägige Erkundungen, Probebohrungen, aufwendige Öffentlichkeitsbeteiligungen, Genehmigungen, Prozesse und schließlich die Zeit des Bauens. Nach einem von mehreren Szenarien, auch mit Blick auf Großprojekte wie BER und Stuttgart 21, würde die Standortfestlegung in 40 bis 60 Jahren erfolgen. "Die Inbetriebnahme", fürchtet ein Teil der Kommission, "könnte erst für das nächste Jahrhundert erwartet werden, ein Verschluss erst weit in das nächste Jahrhundert hinein."

Die unvorstellbaren Zeiträume führen zu einem unvermeidlichen Dilemma: Solange die Castoren nicht unter der Erde sind, lagern sie drüber. Und müssen abgeschirmt, gesichert, beobachtet werden. Dabei sind die Betriebsgenehmigungen für die Zwischenlager auf 40 Jahre befristet, und auch die ersten Genehmigungen für die Castoren laufen 2032 aus. Weil man spätestens seit den Terroranschlägen von Brüssel Angriffe mit Panzerfäusten auf Nuklearanlagen fürchtet, werden jetzt eilig zusätzliche Mauern und Dachgerüste gegen angreifende Helikopter hochgezogen. Und zugleich wächst rund um die Zwischenlager eine neue Wut.

"Die Standortgemeinden sind zu Spielbällen einer populistischen Energiepolitik degradiert worden", prostestieren die Bürgermeister der betroffenen Kommunen. Sie sehen ihre Zukunft auf Jahrzehnte blockiert: "Mit der 'ergebnisoffenen Suche' wird das Endlagerthema von einer durchgängig entscheidungsunwilligen Politik auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben."

Es sind jetzt ausgerechnet Grüne, die Tempo fordern. Wolfram König, der Partei nahe stehender Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS), fürchtet ein "Diffundieren der Verantwortung", wenn sich die Prozesse zu lange hinziehen. Er warnt vor einem gefährlichen Umdenken: Umkehr des Atomausstiegs? Weg mit dem Dreck aus Deutschland? Oder doch noch Gorleben, wenn das für den Steuerzahler billiger und so in der politischen Auseinandersetzung attraktiv erscheint?

"Jetzt ist noch ein relativ waches politisches Bewusstsein da", stellt Robert Habeck, der grüne Umweltminister in Schleswig-Holstein, fest. "Aber wer garantiert uns, dass wir auch im Jahr 2080 oder 2100 noch eine demokratisch aufgeschlossene, stabile Gesellschaft mit den nötigen Mitteln haben?" Obwohl die Grünen immer gegen Kernkraft gekämpft haben, sieht er sie jetzt in der Verantwortung: "Es ist die Aufgabe unserer Generation, dieses immense Problem zu lösen und nicht aufzuschieben. Und wir können das. Nicht lange rumtüdeln! Druck drauf!"

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH